



DIE JUNGEN  
UNTERNEHMER

BJU

## **DEUTSCHLAND BEWEGEN**

MARKTWIRTSCHAFT WAGEN //  
VERANTWORTUNG TRAGEN

## INHALT

I	<b>03 WIR BEWEGEN DEUTSCHLAND // EINLEITUNG</b>
II	<b>06 DIE FORDERUNGEN DER JUNGEN UNTERNEHMER AN DIE POLITIK MEHR BEWEGUNG ...</b>
III	<b>10 FÜR WETTBEWERB IN DEUTSCHLAND</b>
IV	<b>14 FÜR DAS UNTERNEHMENSTEUERSYSTEM UND ERLEICHTERUNG FÜR NACHFOLGER</b>
V	<b>18 BEI STAATSFINANZEN UND GENERATIONENGERECHTIGKEIT</b>
VI	<b>22 FÜR DEN ARBEITSMARKT</b>
VII	<b>26 BEI DER ZUKUNFT DER ARBEIT</b>
VIII	<b>29 IN DER BILDUNGSPOLITIK</b>
IX	<b>34 BEIM BÜROKRATIEABBAU</b>
X	<b>38 BEI DER KRANKEN- UND PFLEGEVERSICHERUNG</b>
XI	<b>43 BEI DER RENTENVERSICHERUNG</b>
XII	<b>47 FÜR BETRIEBLICHE BÜNDNISSE UND MEHR NETTO</b>
	<b>51 IMPRESSUM</b>

## WIR BEWEGEN DEUTSCHLAND

### WARUM WAGEN WIR MARKTWIRTSCHAFT?

Wir Jungen Unternehmer treten mit unserem Hab und Gut ins Wirtschaftsleben, um zu bewegen. Unser Ziel ist die aktive Mitgestaltung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft. Als selbstständige Unternehmer treten wir für eine wettbewerbsorientierte und Soziale Marktwirtschaft ein. Die Freiheit von uns Unternehmern in der Sozialen Marktwirtschaft ist »die Verpflichtung, sich durch eigene Leistung im Wettbewerb mit Konkurrenten um die Gunst des Verbrauchers zu verdienen« (Ludwig E.). Deshalb mischen wir uns ein und werben für bessere volkswirtschaftliche Rahmenbedingungen.

Wir haben als Gründer den Sprung in die Selbstständigkeit gewagt oder die Nachfolge in einem

Familienunternehmen angetreten. Als Eigentümer-Unternehmer übernehmen wir unternehmerisches Risiko und haften – anders als Manager – für unsere Entscheidungen mit unserem gesamten Einsatz – sprichwörtlich bis auf das letzte Hemd.

Wir fordern von der Politik mehr Anerkennung, denn Unternehmertum bedeutet Verantwortung tragen – Verantwortung gegenüber unseren Mitarbeitern, gegenüber unserer Familie, letztlich gegenüber der Gesellschaft.

Was wir und unsere Mitarbeiter nicht gebrauchen können, sind Stolpersteine in Form überflüssiger Gesetze und neuer bürokratischer Hürden. Wir sind es, die Deutschland bewegen und auch noch in Zukunft bewegen möchten.

Daher ist für »Die Jungen Unternehmer – BJU« im Wahljahr 2009 das Jahresmotto: **Marktwirtschaft wagen // Verantwortung tragen** – gilt das aber auch für die Politik?

Oft scheint es ein Naturgesetz, dass Unternehmer in Deutschland für die Schaffung von Arbeitsplätzen und damit letztlich für den Wohlstand aller verantwortlich sind. In erster Linie sind wir aber dafür verantwortlich, Gewinne zu machen. Wenn uns die Politik hierzu die optimalen Rahmenbedingungen gewährt, werden Arbeitsplätze entstehen. Ersteres ist nicht immer der Fall. Das letzte Jahr hat uns die Politik mit Steuererhöhungen, Bürokratie und Hemmnissen, wie dem Gesundheitsfonds oder der Erbschaftsteuer konfrontiert und damit die falschen Weichen gestellt. Trotz des Aufschwungs der letzten Jahre hat es die Regierung versäumt, Voraussetzungen für eine nachhaltige Politik zu schaffen.

Der ausgeglichene Haushalt wird auf unbestimmte Zeit verschoben und Geld für teure Konjunkturpakete ausgegeben. Die finanziellen Lasten werden auf unsere und noch jüngere Generationen abgewälzt. Wieder einmal wird das Thema Schuldenabbau auf vermeintlich gute konjunkturelle Zeiten vertagt.

Im Jahr 2009 erwarten uns viele Herausforderungen. Die Finanz- und Bankenkrise hat das Vertrauen der Bürger in die Marktwirtschaft nachhaltig erschüttert. Die Aufgabe für uns heißt, für Vertrauen in unsere Wirtschaftsordnung zu werben. Gerade im Superwahljahr begreifen wir es als unsere gesellschaftliche Aufgabe, nachhaltige Strukturveränderungen und -verbesserungen einzufordern. Denn wir tragen Verantwortung und steuern unsere Unternehmen zusammen mit unseren Mitarbeitern durch die Krise.

### **MARKTWIRTSCHAFT BEDEUTET NACHHALTIGKEIT.**

Nicht nur Unternehmen sind auf einen langfristig handlungsfähigen Staat angewiesen. Wir erkennen die Leistungen des Staates bei der Bewältigung der Banken und Finanzmarktkrise an. Dies heißt aber nicht, dass wir die expansive Schuldenpolitik der letzten Jahre akzeptieren! Die Interessen zukünftiger Generationen werden missachtet, wenn die öffentlichen Haushalte großteils auf Pump finanziert und von Zinslasten sowie Verbindlichkeiten der sozialen Sicherung dominiert werden. Auf diese Weise gefährden wir sämtliche Spielräume für Zukunftsinvestitionen. Wir fordern daher konkrete Maßnahmen zur Bekämpfung und zum Abbau des Schuldenberges. Hierzu zählt für uns, endlich die verbindliche Verankerung eines Schuldenverbots im Grundgesetz. Und zwar heute – und nicht erst in Zeiten des konjunkturellen Aufschwungs!

Mit »Deutschland bewegen« stellen wir einen Katalog auf, der unsere Zielsetzung widerspiegelt: Noch immer leiden wir Unternehmer und unsere Mitarbeiter unter zu hohen Steuern. Der Arbeitsmarkt ist trotz der Hartz-Reformen immer noch zu starr. Der demografische Wandel belastet nicht nur die sozialen Sicherungssysteme, er stellt auch hohe Herausforderungen an den Fachkräftebedarf. Auch Bildung sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind zentrale Themen, die 2009 im Wahljahr nicht untergehen dürfen.

**SORGEN AUCH SIE FÜR MEHR BEWEGUNG IN DEUTSCHLAND. WAGEN SIE MARKTWIRTSCHAFT – TRAGEN SIE VERANTWORTUNG!**

Berlin, Mai 2009

## FORDERUNGEN DER JUNGEN UNTERNEHMER AN DIE POLITIK

### MEHR BEWEGUNG!

#### MEHR BEWEGUNG FÜR WETTBEWERB IN DEUTSCHLAND

- Ein klares Bekenntnis zu den Grundwerten der Sozialen Marktwirtschaft – gerade in der Krise
- Der staatlichen Rettung einzelner Unternehmen oder Branchen mit Steuergeldern bzw. Enteignungen von Banken und Unternehmern ist eine klare Absage zu erteilen
- Insolvenzrecht flexibler fassen, um eine Stabilisierung von Unternehmen in Notsituationen zu ermöglichen
- Liquidität statt Branchen- oder Einzelfallhilfen – eine Politik der Eigenkapitalstärkung

#### MEHR BEWEGUNG FÜR DAS UNTERNEHMEN- STEUERSYSTEM UND ERLEICHTERUNGEN FÜR NACHFOLGER

- Große Steuerstrukturreform mit dem Ziel eines einfachen und transparenten Steuersystems
- Eigenkapitalbildung ermöglichen durch Wegfall der Substanzbesteuerung
- Erbschaftsteuer als Form der Mehrfachbesteuerung und Erschwerung der Nachfolge abschaffen

#### MEHR BEWEGUNG BEI STAATSFINANZEN UND GENERATIONENGERECHTIGKEIT

- Subventionen streichen
- Schulden tilgen
- Neuverschuldung verbieten
- Generationengerechtigkeit im Grundgesetz festschreiben

#### MEHR BEWEGUNG FÜR DEN ARBEITSMARKT

- Kündigungsschutz und Arbeitslosenversicherung durch das »Dreisprungmodell« ersetzen und betriebliche Bündnisse rechtssicher machen
- Niedriglohnssektor durch ein Kombilohnmodell wiederbeleben
- Keinen gesetzlichen Mindestlohn einführen, auf weitere Branchenmindestlöhne verzichten
- Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz mindestens auf »Europamaß« zurückführen

#### MEHR BEWEGUNG BEI DER ZUKUNFT DER ARBEIT

- Längere Wochen- und Lebensarbeitszeiten
- Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Erweiterung des Ehegatten-Splittings in ein familienfreundliches »Familien-Splitting«

- Steuerung der Zuwanderung qualifizierter Arbeitnehmer durch ein Punktesystem
- Verkürzung der Ausbildungszeiten in Deutschland
- Verwendung der »Demografiereserve« für Bildungsausgaben

#### MEHR BEWEGUNG IN DER BILDUNGSPOLITIK

Wir Unternehmer investieren in unseren Nachwuchs und stellen bei potenziellen Azubis viel zu oft das Manko an Grundqualifikationen wie Lesen, Schreiben und Rechnen fest.

- Bessere Verankerung nationaler Mindeststandards in den Ländern (z.B. in Deutsch, Mathematik)
- Stärkung der frühkindlichen Bildung, Einführung von Gutscheinen im vorschulischen Bereich
- Frühe und praxisorientierte berufliche Bildung
- Unternehmertum bzw. die Vermittlung allgemeiner

wirtschaftlicher Zusammenhänge muss an den Schulen stärker in den Fokus rücken

Wir bewegen etwas! Mit dem Bildungsprojekt »Schüler im Chefsessel« sind wir aktiv, um Jugendlichen ein realistisches Bild vom Unternehmertum zu vermitteln.

### MEHR BEWEGUNG BEIM BÜROKRATIEABBAU

- Bürokratieabbau: Soll- und Budgetkürzungen für Verwaltungen einführen, die durch Bürokratie Kosten verursachen
- Überwachung des Bürokratieabbaus durch einen unabhängigen »Bürokratie-TÜV«
- Selbstverpflichtung der Parlamente: Wer eine Gesetzesinitiative einbringt, muss die Aufhebung von mindestens zwei Gesetzen vorschlagen
- Befristungsmechanismen für bestehende und neue Vorschriften und Regulierungen

### MEHR BEWEGUNG BEI DER KRANKEN- UND PFLEGEVERSICHERUNG

- Allgemeine Pflicht zur Versicherung für medizinisch notwendige Leistungen einführen
- Umlageverfahren sukzessive auf Kapitaldeckung umstellen
- Gesetzliche Krankenkassen zu privaten Versicherungsunternehmen umwandeln
- Transferierbare Altersrückstellungen zur Zukunftssicherung bilden
- Pflegeversicherung reformieren
- Kranken- und Pflegeversicherung von den Lohnkosten abkoppeln durch Auszahlung der »Arbeitnehmer- und Arbeitgeberanteile« zur sozialen Sicherung (Bruttolohnprinzip)

### MEHR BEWEGUNG BEI DER RENTENVERSICHERUNG

- Anteil der staatlichen Rente zurückführen
- Umlageverfahren zur Finanzierung der Rente sukzessive zugunsten kapitalgedeckter Rentenversicherungen zurückfahren
- Mehr Raum für private und betriebliche Altersvorsorge ermöglichen
- Mehr Netto für mehr private Vorsorge
- Entkopplung der Beiträge zur Rentenversicherung von den Lohnkosten durch Einführung des Bruttolohnprinzips

### MEHR BEWEGUNG FÜR BETRIEBLICHE BÜNDNISSE UND MEHR NETTO

- Flexible Modelle der Mitarbeiterbeteiligung
- Gesetzliche Rahmenbedingungen für betriebliche Bündnisse schaffen
- Steuer- und Abgabensenkungen durch Senkung der Steuersätze, Abflachung der Progression und Beseitigung inflationsbedingter Steuererhöhungen

## MEHR BEWEGUNG FÜR WETTBEWERB IN DEUTSCHLAND

### KEINE STAATSWIRTSCHAFT

#### DIE LAGE

Im Jahr 2009 verabschiedet sich die Politik in vielen Politikfeldern von jenem ordnungspolitischen Rahmen, der über sechzig Jahre den wirtschaftlichen Wohlstand und den freien Wettbewerb garantierte.

Staatliche Bürgschaften und Eingriffe in die Privatwirtschaft, Verstaatlichung und Enteignung: Die Perspektive staatlichen Handelns bewegt sich im Jahr 2009 in Richtung Staatswirtschaft. Die ordnungspolitische Orientierung erreichte mit dem »Enteignungsgesetz« einen neuen Tiefpunkt. Der Schutz des Privateigentums und die Vertragsfreiheit sind konstituierende Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft. Enteignungsgesetze zerstören das Vertrauen in diese Grundprinzipien. Massive Staatsbeteiligungen im Finanzsektor können sich nur durch krisenhafte Ausnahmesituationen in der

Weltwirtschaft begründen. Die Eingriffsmöglichkeiten können nur mit der zentralen Bedeutung des Finanzsektors für die gesamte Wirtschaft gerechtfertigt werden. Mit dem Verweis auf systemische Risiken stellt die Politik Verstaatlichungen im Bankensektor als unumgänglich dar – und schreckt vor Enteignung nicht zurück.

Mit den erwogenen Eingriffen in die Realwirtschaft reißt die Politik weitere ordnungspolitische Leitplanken ein. Anders als bei großen Kreditinstituten, die in Schieflage geraten, geht von den begünstigten Unternehmen kein systemisches Risiko aus. Es ist – anders als bei der befürchteten Kreditklemme – nicht mit Engpässen in der Versorgung zu rechnen, wenn einzelne Produzenten ausfallen. Ganz im Gegenteil: Es gibt Überkapazitäten auf den Märkten. Das

Verschwinden von Unternehmen vom Markt ist – entgegen der Darstellung in der Öffentlichkeit – nicht gleichbedeutend mit Beschäftigungsverlusten. Die Politik darf gerade in der Krise nicht das in Frage stellen, was den Kern unserer freiheitlichen Wirtschaftsordnung ausmacht. Nur so gewinnt die Politik auch den Freiraum, den Staat an anderer Stelle möglicherweise neu in Stellung zu bringen. Wer hingegen Hand an die Fundamente der Ordnung anlegt, setzt die Soziale Marktwirtschaft aufs Spiel.

#### DAS ERWARTEN WIR VON DER POLITIK

- Ein klares Bekenntnis zu den Grundwerten der Sozialen Marktwirtschaft – erst Recht in der Krise. Weiteren direkten oder indirekten Staatsbeteiligungen sind seitens der Politik eine klare Absage zu erteilen. Es ist nicht Aufgabe des Staates, Betriebe zu retten. Marktberichtigungen – z.B. aufgrund von Überkapazitäten – sind fundamentaler Bestandteil der Sozialen Marktwirtschaft. Jeder Eingriff in die Unternehmenspolitik macht den Staat zum einseitigen Mitspieler, verändert die Wettbewerbsverhältnisse und hebt die Haftung aus.
- Ein gut funktionierendes Bankensystem ist eine wesentliche Voraussetzung für Wohlstand und Arbeitsplätze. Die massive Staatsbeteiligung im Finanzsektor darf sich nur durch eine krisenhafte

Ausnahmesituation der Weltwirtschaft begründen. Sie dürfen ausschließlich bei systemrelevanten Instituten Anwendung finden. Sanierungsmaßnahmen müssen die Wiederherstellung der Funktionsfähigkeit des Finanzsektors zum Ziel haben.

- Enteignungen von Banken und Unternehmen muss die Politik ausschließen. Weiterhin fordern die Jungen Unternehmer die Politik auf, jetzt einen Punkteplan zum Ausstieg aus der Staatswirtschaft vorzulegen.
- Eine handlungswillige Regierung sollte statt Branchen- oder Einzelfallhilfen vor allem solche Maßnahmen ergreifen, die bisher erfolgreichen Unternehmern Liquidität zur Verfügung stellen.

Liquidität ist die Wachstumsvoraussetzung für die deutsche Wirtschaft. So zum Beispiel durch die Rückführung der vorgezogenen Fälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge: Die Vorfinanzierung der Gläubigeransprüche der Kassen auf einen Zeitraum, in dem die Kassenforderungen zum Teil noch überhaupt nicht entstanden sind, entzieht gerade den Unternehmen mit vielen Beschäftigten Liquidität und sollte zurückgenommen werden.

- Eine Politik der Eigenkapitalbildung: In Krisenzeiten muss der Fokus auf der Stärkung der Eigenfinanzierungskraft der Unternehmen und ihrer Bonität liegen. Wegfall der Zinsschranke, der Hinzurechnung von Mieten, Pachten und Zinsen bei der Gewerbesteuer sowie der steuerlichen Erschwerung von Funktionsverlagerungen und Nachbesserung der

Thesaurierungsrücklage für einbehaltene Gewinne. Rückkehr zu den Bilanzierungsregeln des HGB, da eine Bilanzierung nach »fair value«, also nach aktuellen Marktpreisen, zu einer Überbewertung von Unternehmen in guten und zu Unterbewertungen und daraus resultierend zu Problemen bei der Fremdkapitalbeschaffung in schlechten Zeiten führt.

- Das Insolvenzrecht muss flexibler gefasst werden, um eine Stabilisierung von Unternehmen in Not-situationen ohne Enteignungen zu ermöglichen. Bisher wird Insolvenz oft mit Pleite gleichgesetzt und führt häufig zur Stigmatisierung der Betroffenen und zur Minderung des Marktwertes. Wenn der Staat Unternehmen durch eine neue Definition der Insolvenz mehr Spielräume zubilligt, sodass mit einem Insolvenzplan Unternehmen saniert werden

können, kann in der Zivilgesellschaft die individuelle Verantwortung von Unternehmern, Managern und Anlegern wieder Leitbild des finanziellen und wirtschaftlichen Engagements werden.

## MEHR BEWEGUNG FÜR DAS UNTERNEHMENSTEUERSYSTEM UND ERLEICHTERUNGEN FÜR NACHFOLGER

### DIE LAGE

Das geltende Steuerrecht ist undurchsichtig und ohne schlüssiges Gesamtkonzept. Die Belastung für Unternehmen ist im internationalen Vergleich zu hoch. Die hohe Komplexität des Steuersystems verursacht großen Beratungsbedarf. Das bindet unternehmerische und finanzielle Ressourcen, belastet besonders Existenzgründer und Nachfolger und schreckt ausländische Investoren ab.

Am 1. Januar 2008 trat die Reform der Unternehmensteuern in Kraft. Durch diese Reform wurde für Personengesellschaften die Möglichkeit einer steuergünstig zu bildenden »Thesaurierungsrücklage« geschaffen, die sie annähernd so günstig wie Kapitalgesellschaften stellen sollte. In der Praxis ist die Thesaurierungsbegünstigung (§ 34a EStG) für Familienunternehmen aber unattraktiv, da bei

späterer Entnahme höhere Steuern zu zahlen sind als bei sofortiger Entnahme und Verzicht auf die Thesaurierungsbegünstigung. Die Belastung von Personengesellschaften liegt jetzt selbst im Falle vollständiger Thesaurierung noch zwischen 36 und 38 Prozent (ca. 31 Prozent für Kapitalgesellschaften).

Auch die Gewerbesteuer bleibt in ihrer Form erhalten. Weiterhin sind Kostenbestandteile in der Bemessungsgrundlage enthalten. Die genaue Ausgestaltung wird zeigen, ob es tatsächlich eine Nettoentlastung der Unternehmen geben wird. Das hängt vor allem von der individuellen Finanzierungsstruktur des einzelnen Unternehmens ab.

Leider hat es der Gesetzgeber 2008 im Rahmen der Erbschaftsteuerreform nicht geschafft, eine Lösung

zu präsentieren, welche die Nachfolge in Familienunternehmen erleichtert. Durch die Lohnsummengrenze der Neuregelung müssen die Unternehmen mehr Erbschaftsteuer zahlen, die in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten sind und daher ihre Beschäftigtenzahlen reduzieren müssen. Nicht selten geraten Unternehmen mit der Übergabe an den Nachfolger in die Krise.

### DAS ERWARTEN WIR VON DER POLITIK

Im Rahmen der »Unternehmensteuerreform 2008« ist es nur unzureichend gelungen, einer stärkeren Bildung von Eigenkapital in den Unternehmen steuerpolitisch einen Weg zu bereiten. Es ist nicht gelungen, die Substanzsteuer »Gewerbsteuer« zu ersetzen, z.B. mittels des »Vier-Säulen-Modells« der »Stiftung Marktwirtschaft«. Stattdessen brachte die »Unternehmensteuerreform 2008« eine Verfestigung der Gewerbesteuer als Sondersteuer und weitere Verschärfungen der Besteuerung von Kosten und damit von Substanz.

Die Besteuerung gewinnunabhängiger Elemente wurde nicht beseitigt, sondern noch ausgebaut. Freibeträge für kleine Unternehmen und geringere Steuersätze für einbehaltene Gewinne von Personengesellschaften schaffen eine Gleichstellung der

Gesellschaftsformen, bringen aber nicht die erhoffte Einfachheit und Transparenz in das System. Daher erhalten wir folgende Forderungen aufrecht:

#### KEINE STEUERN OHNE GEWINNE!

- Eine Korrektur der bisherigen Reformansätze ist notwendig. Wir empfehlen eine reine Gewinnbesteuerung für Unternehmen. Noch besteht die Chance, Reformfehler wie die »Zinsschranke« und das Verbot der Verrechnung von Verlusten nach Beteiligung von Kapitalgebern zurückzunehmen. In der jetzigen Form behindert es auch sinnvolle Firmenübernahmen, betriebswirtschaftlich notwendige Umstrukturierungen und die Unternehmensnachfolge. Weiter sind die Kostenbesteuerungselemente in der Gewerbesteuer

zu beseitigen. Der Wunsch der Kommunen nach berechenbaren Einnahmen darf nicht zu Lasten der Unternehmen gehen. Auch darf der Kampf des Fiskus gegen einige Großunternehmen, die die durch das Steuersystem überhaupt erst ermöglichten internationalen Steuergestaltungsmöglichkeiten zu ihren Gunsten nutzen, nicht zu Lasten von hunderttausenden mittleren und kleinen Unternehmen (Besteuerung von Kostenbestandteilen) gehen.

#### EINE TATSÄCHLICHE ENTLASTUNG!

- Die Gewerbesteuer ist abzuschaffen, da sie in international einmaliger Weise die gewerbliche Wirtschaft diskriminiert. Die Versorgung der Gemeinden mit eigenen steuerlichen Einkünften ist durch eine »Allgemeine Kommunalsteuer« möglich.

- Die Erbschaftsteuer als Form der Mehrfachbesteuerung muss abgeschafft werden. Mit Blick auf den Erhalt von Familienunternehmen sollte in Fällen der Unternehmensfortführung betrieblich gebundenes Vermögen über ein »Abschmelzungsmodell« vor dem Zugriff des Fiskus geschützt werden. Der Anwendungsbereich des Modells darf aber nicht so eng gefasst werden, dass aus der Begünstigung de facto eine Steuererhöhung wird.

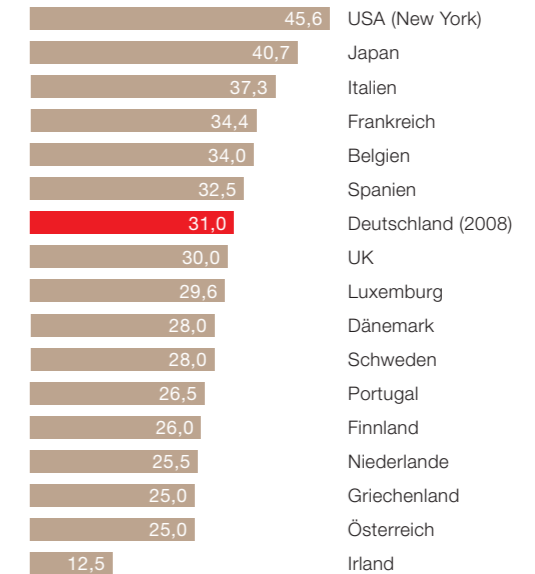
#### EINE TATSÄCHLICHE VEREINFACHUNG!

- Ein erster Schritt in Richtung einer Vereinfachung und größeren Transparenz der Ertragsbesteuerung wäre die Streichung der Gewerbesteuer.

### Unternehmensteuern international

Tarifliche Belastung des einbehaltenen Gewinns von Kapitalgesellschaften im Jahr 2007 in Prozent (Basis: Körperschaftsteuern, Gewerbeertragsteuern)

Quelle: IW Köln 2008



## MEHR BEWEGUNG BEI STAATSFINANZEN UND GENERATIONENGERECHTIGKEIT

### DIE LAGE

Die aktuelle Staatsschuld liegt bei 1,661 Billionen Euro. Die implizite Staatsschuld, in der auch zukünftige Zahlungsverpflichtungen wie die aus der umlagefinanzierten sozialen Sicherung sowie Pensionen für Beamte berücksichtigt werden, wird vom Sachverständigenrat auf 4 Billionen Euro geschätzt. Hierfür wurden keine Rückstellungen gebildet! Diese Schulden tauchen in keinem Haushalt auf. Zurückgezahlt werden müssen sie trotzdem. Heute wird bereits eine geringere Neuverschuldung als Erfolg gefeiert. Dabei steigen die Schulden in einer solchen Situation lediglich langsamer an. Damit ist noch kein Cent der ursprünglichen Schuld getilgt.

Im Rahmen der Konjunkturprogramme hat die Große Koalition Anfang 2009 den Weg in die weitere Staatsverschuldung eingeschlagen.

### DAS ERWARTEN WIR VON DER POLITIK

Die Staatsfinanzen müssen dringend saniert werden, damit wir jungen Unternehmer nicht über Generationen die Zeche zahlen müssen:

- Gerade Deutschland als das Kernland der Eurozone braucht jetzt eine vorzeigbare und zukunfts-gerechte Lösung des Staatsschuldenproblems. Wir jungen Unternehmer sind die geborenen Nachhaltigkeitsexperten. Wir sehen uns und unsere Gesellschaft in der Pflicht, künftigen Generationen nicht von Beginn an untragbare Lasten aufzubürden.
- Die Anfang 2009 beschlossene Schuldenbremse reicht daher bei Weitem nicht aus, nachfolgende Generationen vor dem Schuldenstaat zu schützen. Um diesem Ziel einen großen Schritt näher zu kommen, hätte die Föderalismuskommission II

wesentlich strengere Regeln vereinbaren müssen. Es ist zu kurz gesprungen, dass das Neuverschuldungsverbot für die Länder erst ab 2020 gelten soll. Es ist auch falsch, dass der Bund in »normalen« Zeiten immer noch Schulden in Höhe von 0,35 Prozent der Wirtschaftsleistung machen darf: Das entspricht derzeit 8,5 Milliarden Euro im Jahr. Wir brauchen für normale Zeiten ein absolutes Neuverschuldungsverbot!

- Die öffentliche Hand soll sich angesichts der dramatischen Staatsschuld und der daraus resultierenden zukünftigen Belastungen öffentlich zu einem Schuldenabbauziel verpflichten. Wir fordern, dass der Staat die Staatsschuld von heute fast 70 Prozent des BIP binnen 10 Jahren auf Maastricht konforme 60 Prozent zurückführt.

- Neue Kredite dürfen nur für tatsächliche Investitionen verwendet werden. Da der Investitionsbegriff in der Vergangenheit immer weiter gefasst wurde, taugt Art. 115 GG kaum noch als Schranke gegen die Neuverschuldung. Wir brauchen einen neuen Investitionsbegriff, der sich an bewertbaren Vermögensgegenständen orientiert.
- Wir fordern die Einführung der doppelten Buchführung mit einer verursachergerechten Kostenrechnung und entsprechenden Rückstellungen. So bekommt man Klarheit über den tatsächlichen Zustand der öffentlichen Finanzen. Zukünftige Zahlungsverpflichtungen der öffentlichen Hand müssen bilanziell ausgewiesen und entsprechende Rücklagen gebildet werden.

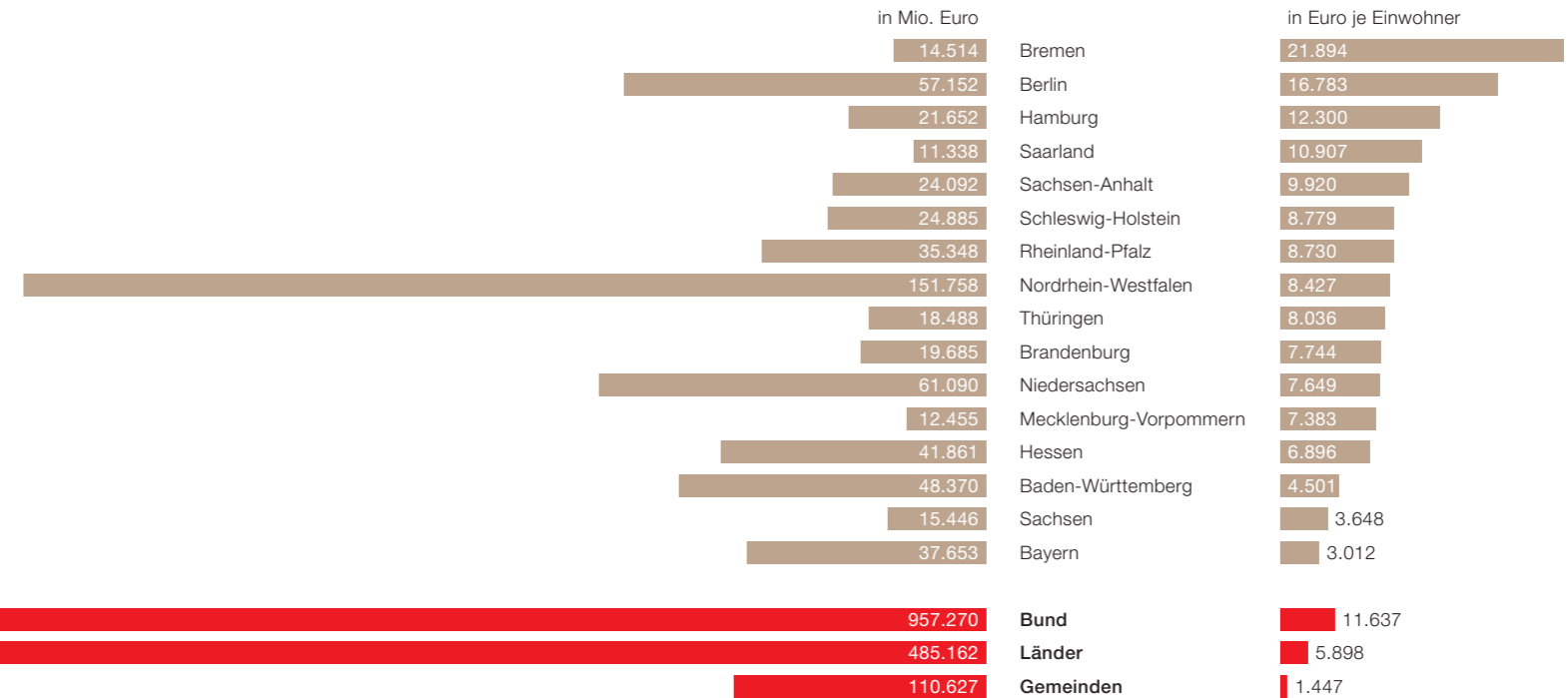
- Die Entscheidungsträger müssen für ihre Entscheidungen persönlich zur Rechenschaft gezogen werden können.
- Wir fordern die Unterstützung des intrafraktionellen Antrags vieler junger und vorausdenkender Abgeordneten, den Nachhaltigkeitsgedanken der Generationengerechtigkeit ins Grundgesetz aufzunehmen.

- Wir fordern die Abschaffung von Subventionen. Subventionen gehen immer auf Kosten aller zugunsten weniger. Wir Unternehmer brauchen keine Subventionen, sondern verlässliche Rahmenbedingungen. Außerdem: Die Subventionen von heute sind die Steuern von morgen!

### Schuldenländer – Länderschulden

Schuldenstand der Länder und Gemeinden (einschl. Gemeindeverbände) am Jahresende 2007

Quelle: Statistisches Bundesamt



## MEHR BEWEGUNG FÜR DEN ARBEITSMARKT

MEHR FLEXIBILITÄT = MEHR ARBEIT!

### DIE LAGE

Die deutsche Arbeitsmarktverfassung trägt erhebliche Mitschuld an der hohen Arbeitslosigkeit in Deutschland. Durch die Vielzahl an kollektiven und allgemeinverbindlichen Tarifverträgen sowie einen restriktiven Kündigungsschutz werden in Wirklichkeit Neueinstellungen verhindert oder verzögert.

Die Beschäftigung von Personen mit geringen Qualifikationen ist in Deutschland zu teuer. Nicht ohne Grund ist die Arbeitslosigkeit in diesem Segment doppelt so hoch wie im Durchschnitt. Aber auch diese Menschen wollen arbeiten. Durch die hohen Lohnzusatzkosten sind die Bruttolöhne jedoch so hoch, dass viele einfache Arbeiten nicht vergeben werden oder in die Schattenwirtschaft abgleiten.

Deutschland braucht wieder einen funktionierenden Niedriglohn-Arbeitsmarkt. Das Arbeitslosengeld II sieht zwar Leistungskürzungen vor, wenn eine zumutbare Arbeit abgelehnt wird. Zugleich wird ein eigener Hinzuverdienst zu stark auf die Sozialleistung angerechnet. Eine gleitende Rückkehr ins Berufsleben wird so unattraktiv gemacht.

### DAS ERWARTEN WIR VON DER POLITIK

- Der Kündigungsschutz verhindert neue Jobs! Ohne Kündigungsschutzregelungen würden in Deutschland schneller neue Mitarbeiter eingestellt. Die Jungen Unternehmer befürworten daher eine Ersetzung von Kündigungsschutz und Arbeitslosenversicherung durch das Dreisprungmodell. Mitarbeiter sollten bei ihrer Entlassung gestaffelt nach der Dauer ihrer Betriebszugehörigkeit und bis zu einem Jahr lang vom bisherigen Arbeitgeber das volle Bruttogehalt weiter erhalten. Ein Begründungszwang für eine Kündigung könnte ebenfalls wegfallen. Das schafft Flexibilität und Verlässlichkeit, macht die Arbeitslosenversicherung und ihre Verwaltung überflüssig und führt zu mehr Netto bei den Mitarbeitern, deren Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zukünftig ausbezahlt würde. Ein »Hire & Fire« ist nicht zu befürchten — Arbeitgeber

und Arbeitnehmer streben beide nach möglichst langfristigen Arbeitsverhältnissen.

- Das Günstigkeitsprinzip in § 4 Abs. 3 Tarifvertragsgesetz muss dahingehend geändert werden, dass bei Zustimmung der Mehrheit der Mitarbeiter des Unternehmens auch ein geringerer Lohn oder eine längere Arbeitszeit für den Erhalt des Arbeitsplatzes günstiger sein kann. Im Falle eines von Insolvenz bedrohten Unternehmens sollen beim Betriebsübergang die durch Tarifvertrag, Betriebsvereinbarung oder Arbeitsvereinbarung getroffenen Regelungen ihre Wirksamkeit verlieren können. Das Instrument der Allgemeinverbindlich-Erklärung von Tarifverträgen gehört abgeschafft.

- Das Betriebsverfassungsgesetz muss eine Individualisierung der Mitbestimmung ermöglichen. Unternehmerische Mitbestimmung muss an Miteigentum gebunden werden, der Mitarbeiter soll sich zum Mitunternehmer entwickeln. Junge Unternehmer setzen auf ein betriebliches Miteinander statt auf Fremdbestimmung durch Funktionäre. Wir brauchen eine Öffnungsklausel im Betriebsverfassungsgesetz, damit Unternehmer mit der Mehrheit der Mitarbeiter rechtsverbindlich alternative Mitbestimmungsmodelle vereinbaren können.
- Das Sozialsystem muss so gestaltet werden, dass auch bei niedrigen Löhnen die Existenz gesichert ist und zugleich der Anreiz zu Arbeitsaufnahme und Mehrarbeit besteht. Hierfür reicht Hartz IV nicht aus.

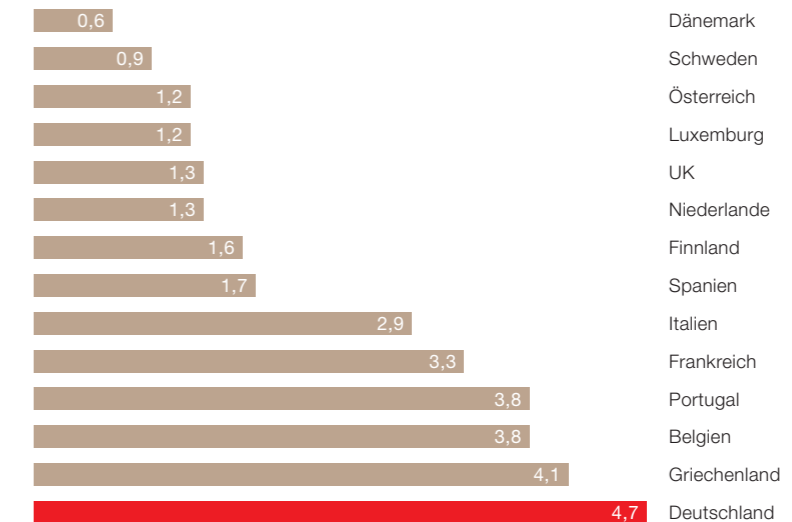
Die Jungen Unternehmer befürworten stattdessen ein Kombilohnmodell, das sowohl das Angebot als auch die Nachfrage nach Arbeit beflügelt. Das Modell der »aktivierenden Sozialhilfe«, das auf dem Konzept der negativen Einkommensteuer beruht, könnte hierfür geeignet sein. Ein Kombilohn – nach welchem Modell auch immer – darf keinesfalls mit einem Mindestlohn kombiniert werden. Es ist besser, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu fördern.

- Das Antidiskriminierungsgesetz muss dringend geändert werden. Zumindest muss es dahingehend zurückgenommen werden, dass es die europäischen Richtlinien erfüllt, aber nicht übererfüllt. Es darf nicht auf Bereiche außerhalb des Arbeitsmarktes ausgeweitet werden. Es ist Jobbremse und bürokratisches Hindernis in einem.

## Langzeitarbeitslosigkeit

Langzeitarbeitslose Bevölkerung in Prozentsatz der Erwerbsbevölkerung (Stand 2007)

Quelle: Eurostat



## MEHR BEWEGUNG BEI DER ZUKUNFT DER ARBEIT

### VORFAHRT FÜR LEISTUNG

#### DIE LAGE

Die demografische Entwicklung lässt das Arbeitskräftepotenzial Deutschlands in Zukunft drastisch sinken. Trotzdem leistet sich Deutschland immer noch, seine qualifizierten Kräfte frühzeitig in Rente und damit vielfach aufs Abstellgleis zu schicken. Gleichzeitig verzichtet der deutsche Arbeitsmarkt auf eine Heerschar gut ausgebildeter Frauen. Resultat: Die Erwerbsquoten älterer Arbeitnehmer und der Frauen hinken in Deutschland deutlich denen anderer Länder hinterher.

Und trotzdem beobachten wir heute vielerorts die scheinbar paradoxe Situation, dass trotz Millionen Arbeitsloser dringend Fachkräfte gesucht werden. Auch auf der Suche nach Wegen aus der Rezession darf dieses Problem nicht aus den Augen verloren werden, sonst trifft der Fachkräftemangel uns im

wirtschaftlichen Aufschwung umso heftiger. Im Angesicht dieser Lage wird Deutschland in Zukunft auf die Nutzung seiner Potenziale nicht verzichten können. Vielen Familien ist zudem daran gelegen, Wege zu finden, wie sie Erwerbs- und Familienleben besser in Einklang bringen. Auf dem Weg zu einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind sowohl der Staat als auch die Unternehmer gefragt.

Der Rückgang des Arbeitskräftepotenzials ist kein rein deutsches Phänomen, sondern in fast allen westlichen Industrieländern zu beobachten. Die Konkurrenz um Arbeitskräfte erhält dadurch allerdings eine neue Qualität.

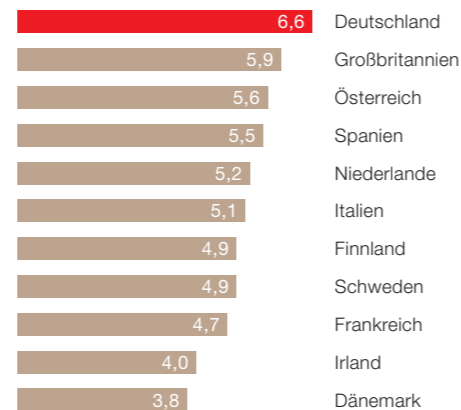
#### DAS ERWARTEN WIR VON DER POLITIK

- Die Verlängerung der Arbeitszeiten sowohl in Bezug auf die Wochen als auch auf die Lebensarbeitszeit. Wer früher in Rente gehen möchte, soll versicherungsmathematisch korrekte Abschläge von der Rente tragen. Alle Anreize zur Frühverrentung müssen abgeschafft werden.
- Die beruflichen Chancen von Frauen müssen verbessert, Familie und Beruf besser vereinbart werden können. Frauen und Männer, die arbeiten möchten, müssen die Gewissheit haben, dass für ihre Kinder bedarfs- und bedürfnisgerechte Betreuung verfügbar ist. Der Staat kann hier flankierend eingreifen, indem er das freie Wahlrecht von Kindertagesstätten und Grundschulen garantiert sowie Qualitätsstandards für Bildung und Erziehung definiert.
- Die Einwanderung qualifizierter Arbeitnehmer nach Deutschland sollte gefördert, aber auch gesteuert werden. Dies könnte durch ein Punktesystem erreicht werden. Ein Punktesystem gekoppelt mit einer Einwanderungsquote würde zudem die gesteuerte Integration erleichtern.
- Die zunehmende Abwanderung qualifizierter Menschen aus Deutschland muss gestoppt werden. Arbeit und Leistung müssen sich wieder lohnen.
- Das Ehegatten-Splitting sollte durch ein familienfreundliches Familien-Splitting erweitert werden.
- Die Ausbildungszeiten in Deutschland müssen kürzer werden, insbesondere in der Sekundarstufe II und der Universitätsausbildung. Lebenslanges Lernen

### Vergleich der Ausbildungszeiten

Dauer in Jahren (Durchschnitt)

Quelle: IW Köln



muss dafür auch für ältere Mitarbeiter selbstverständlich werden. Der Staat kann durch eine Verlängerung der Lebensarbeitszeiten darauf hinwirken, dass sich diese Bildungsinvestitionen sowohl für Mitarbeiter, als auch für Unternehmen auszahlen.

- Die Bildungsausgaben dürfen nicht im Gleichklang mit der Bevölkerungsentwicklung zusammengestrichen werden. Das Geld, das der Staat wegen des Rückgangs der Kinderzahl sparen wird – und das mit steigender Tendenz – beträgt jedes Jahr mehrere Milliarden Euro. Diese sogenannte »Demografiereserve« muss in Bildung investiert werden. Das bedeutet bei einer schrumpfenden Bevölkerung höhere Bildungsaufwendungen pro Kopf.

## MEHR BEWEGUNG IN DER BILDUNGSPOLITIK

### WISSEN IST ZUKUNFT

#### DIE LAGE

Bildung ist seit Jahren das beliebteste Thema in Sonntagsreden. Gerne werden wir Unternehmer dabei aufgefordert, mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen.

Spätestens im wirtschaftlichen Aufschwung wird der Mangel an Fachkräften, den viele Unternehmer beklagen, noch weiter zunehmen. Viele junge Unternehmer steuern dem Fachkräftemangel heute schon vorausschauend entgegen, indem sie mit erhöhten Ausbildungsanstrengungen reagieren. Wir investieren in die Ausbildung des Nachwuchses, da wir auch in mehreren Jahrzehnten noch am Standort Deutschland wirtschaften wollen. Es reicht aber nicht aus, wenn wir unsere Hausaufgaben machen. Wir können dies nur dann in ausreichendem Maße tun, wenn die Jugendlichen besser vorgebildet sind. Die

Defizite in den elementaren Bereichen wie Schreiben, Lesen, Rechnen sind nach wie vor oft zu groß. Aber auch an den sogenannten Softskills wie Höflichkeit, Pünktlichkeit, Teamfähigkeit, Fleiß und Loyalität hapert es oft. So sind wir viel zu oft der paradoxen Situation ausgesetzt, angebotene Lehrstellen nicht mit geeigneten Bewerbern besetzen zu können.

Bildungspolitik ist die beste Wirtschaftspolitik! Sie ist entscheidend für Produktivität, Wachstum und Lebensstandard und sorgt dafür, dass den Unternehmern nicht die Fachkräfte ausgehen.

## DAS ERWARTEN WIR VON DER POLITIK

- Wir fordern eine bessere Verankerung nationaler bildungspolitischer Mindeststandards in den Ländern (nationale Qualitätsagentur). Die Grundschule muss besser auf weiterführende Schulen vorbereiten. Wenn es gelingt, die Qualitätsstandards so anzuheben, dass eine weiterführende Schule nur besucht werden kann, wenn nach bundeseinheitlichen Prüfungskriterien in Deutsch und Mathematik mindestens befriedigende Leistungen erbracht wurden, dann profitieren alle davon: Schüler, Eltern, Lehrer und Unternehmer.
- Unternehmen können nicht die Reparaturbetriebe für versäumte Vorbildung der Erziehung und Schulen sein. Wo Elternhäuser versagen, muss der Staat so früh wie möglich unterstützend eingreifen, z.B. durch sprachliche Frühförderung schon im Kindergarten

oder Ausbau der Ganztagschulen. Darüber hinaus schlagen wir für den Vorschulbereich ein Gutscheinformodell vor. Die Förderung muss sich an den Präferenzen der Kunden – der Eltern und Kinder – orientieren. So ist ein Übergang vom heutigen System der Sozialtransfers mit seinen Zuweisungen, das Leistungen ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse der Nachfrager an die Einrichtungen verteilt, auf ein Instrument der Wahlfreiheit und Vielfalt möglich.

- Wir fordern eine Gesamtstrategie von Bund und Ländern, die den Wettbewerb in Kindergarten, Schule und Hochschule stärkt. Das deutsche Bildungssystem ist trotz der Reformen der letzten Jahre durch einen ausgeprägten Mangel an Wettbewerb gekennzeichnet. So muss es Wahlfreiheit bei Bildungseinrichtungen geben,

z.B. durch die Abkehr vom sog. »Sprengelprinzip«. Verbesserungen lassen sich über mehr Wettbewerb und Unternehmertum im Bildungssektor erreichen.

- Frühere und praxisorientierte berufliche Bildung: Sowohl Schule als auch Hochschule müssen auf die künftige Berufstätigkeit rechtzeitig vorbereiten. Darum müssen Kompetenzziele und die zur Erreichung notwendigen Studieninhalte und Methoden festgelegt werden. Der Praxisanteil der Studiengänge ist zu erhöhen, z.B. durch integrierte Praktika. Spezielle Ansprechpartner für Unternehmenskooperationen sollten den Aufbau von Partnerschaften koordinieren, denn gerade für kleine und mittlere Unternehmen ist es wichtig, dass Hochschulen Wissen für eine gelungene Zusammenarbeit bereitstellen und die Koordinierung übernehmen.

- Wirtschaft bildet! Die Vermittlung wirtschaftlicher Zusammenhänge und das Thema Unternehmertum muss an den Schulen stärker in den Fokus rücken. Wir fordern Wirtschaft als Pflichtfach an den Schulen. Durch einen besseren Austausch zwischen Wirtschaft und (Hoch-)Schulen können Schülern wirtschaftliche Zusammenhänge vermittelt werden.
- Wir stehen zu unserer Verantwortung, im Miteinander von Unternehmern, Arbeitnehmern, Familie und Staat für die berufliche Bildung Sorge zu tragen und die dafür notwendigen Grundbedingungen im Schulwesen mit zu gestalten. Wir mischen uns ein, beispielsweise mit dem Bildungsprojekt »Schüler im Chefsessel«. Wir wollen Jugendlichen ein realistisches Bild vom Unternehmertum vermitteln. Unser Ziel: Interesse für wirtschaftliche Zusammen-

### Wirtschaft als Bestandteil in den Lehrplänen

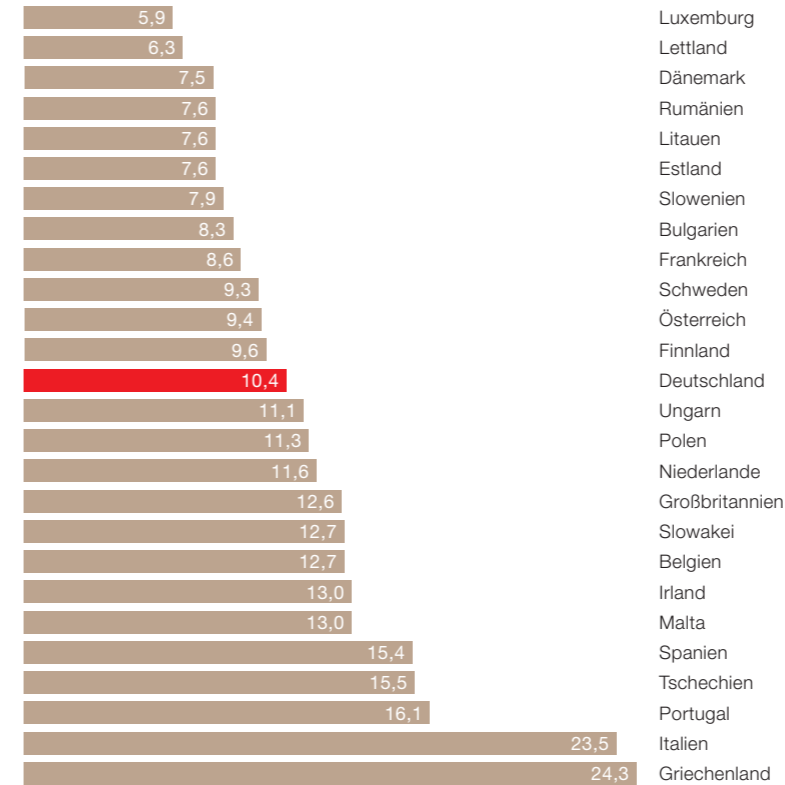
Quelle: Handelsblatt

hänge zu wecken sowie Schülern eine Perspektive zur eigenen Selbstständigkeit als mögliches Berufsziel zu eröffnen ([www.schueler-im-chefsessel.de](http://www.schueler-im-chefsessel.de)). Weiterhin arbeiten junge Unternehmer in Form von Schulpatenschaften oder dem Projekt »Lehrer im Chefsessel« direkt mit Schulen zusammen.

1975	Berlin	Sozialkunde
1977	Bayern	Wirtschaft und Recht
1998	Schleswig-Holstein	Wirtschaft und Politik
2000	Mecklenburg-Vorp.	Arbeit / Wirtschaft / Technik
2002	Brandenburg	Wirtschaft / Arbeit / Technik
2002	Hessen	Politik und Wirtschaft
2003	Hamburg	Politik / Gesellschaft / Wirtschaft
2003	Rheinland-Pfalz	Sozialkunde / Geschichte / Erdkunde
2003	Sachsen	Gemeinschaftskunde / Rechtserziehung / Wirtschaft
2003	Sachsen-Anhalt	Wirtschaftslehre
2004	Baden-Württemberg	Geografie / Wirtschaft / Gemeinschaftskunde
2004	Bremen	Wirtschaft / Arbeit / Technik
2004	Niedersachsen	Politik / Wirtschaft
2004	Thüringen	Wirtschaft und Recht
2005	Nordrhein-Westfalen	Erdkunde / Geschichte / Politik
2005	Saarland	Sozialkunde

### Selbstständigenquoten im europäischen Vergleich

Quelle: Eurostat (2007)



## MEHR BEWEGUNG BEIM BÜROKRATIEABBAU

### DIE LAGE

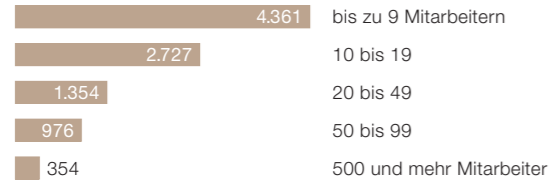
Deutschland ist überbürokratisiert. Laut einer Studie des Instituts für Mittelstandsforschung (IfM) entstehen der deutschen Wirtschaft durch bürokratischen Aufwand pro Jahr Kosten von 46 Milliarden Euro. Davon entfallen 84 Prozent auf kleinere und mittlere Unternehmen. Hauptverursacher der Bürokratiekosten ist der Bereich »Steuern und Abgaben« mit 20 Milliarden Euro. Viele Verwaltungsvorschriften, die Unternehmen betreffen, haben nur einen Selbstzweck, dienen kaum dem Unternehmen, entziehen ihm aber wichtige Ressourcen. Unternehmer sollten sich wieder ihrem eigentlichen Unternehmenszweck widmen dürfen und nicht in einer Unmenge staatlicher Regelungen und Vorschriften ersticken.

### DAS ERWARTEN WIR VON DER POLITIK

- Deutschland braucht eine systematische und umfassende Sichtung aller bestehenden Regelungen und eine rigide Streichung aller überflüssigen bürokratischen Normen. Unerlässlich ist zudem vorausschauendes Handeln bei der Schaffung neuer Gesetze. Dazu muss Deutschland neue Wege beim Bürokratieabbau und bei der Bürokratievermeidung gehen. Die Einführung des Standardkostenmodells nach niederländischem Muster sowie die Einsetzung eines Normenkontrollrates auf Bundesebene sind der richtige Weg, um die Kosten von Unternehmen durch Melde- und Statistikpflichten zu quantifizieren, auf dem es nun konsequent weiter gehen muss. Hierbei darf parallel aber keine Zeit verdrödeln und neue Papiertiger geboren werden. Hier muss wesentlich mehr passieren.
- Den deutschen Verwaltungen sollte ein Bürokratieabbau-Soll auferlegt werden. Verwaltungen, die durch Bürokratie Kosten verursachen oder aufrechterhalten, müssen die Folgen unmittelbar durch Streichungen im eigenen Budget spüren.
- Für die Parlamente muss gelten: Wer eine Gesetzesinitiative einbringt, die bürokratischen Aufwand für Unternehmen zur Folge hat, der muss gleichzeitig die Aufhebung von mindestens zwei Bürokratie verursachenden Gesetzen vorschlagen.
- Staatliche Aufgaben, die an Unternehmen delegiert werden, müssen der Verwaltung in Rechnung gestellt werden können. Kosten schaffen Anreize, nach besseren und günstigeren Lösungen zu suchen und alte Regelungen auf ihren Sinngehalt zu überprüfen.
- Wo es sinnvoll und notwendig ist, sind in Vorschriften und Regulierungen Befristungen einzuführen.
- In der amtlichen Statistik müssen Mehrfachabfragen vermieden werden. Insbesondere das Sozialversicherungsrecht, das Arbeitsrecht und das Steuerrecht müssen transparenter werden.
- Als ersten Schritt zu mehr Transparenz und Rechtssicherheit im Arbeitsrecht unterstützen wir die Initiative der Bertelsmann-Stiftung zu einem einheitlichen Arbeitsvertragsgesetz. Die große Koalition sollte diese Steilvorlage zur Umsetzung nutzen.

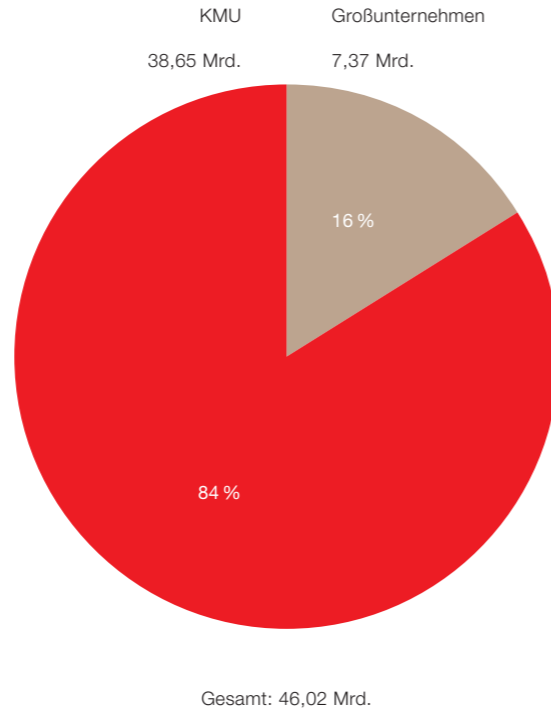
### Jährliche Kosten der (staatlich verordneten) Bürokratie in Deutschlands Unternehmen je Mitarbeiter

Quelle: IfM Bonn



### So belastet Bürokratie die Unternehmen

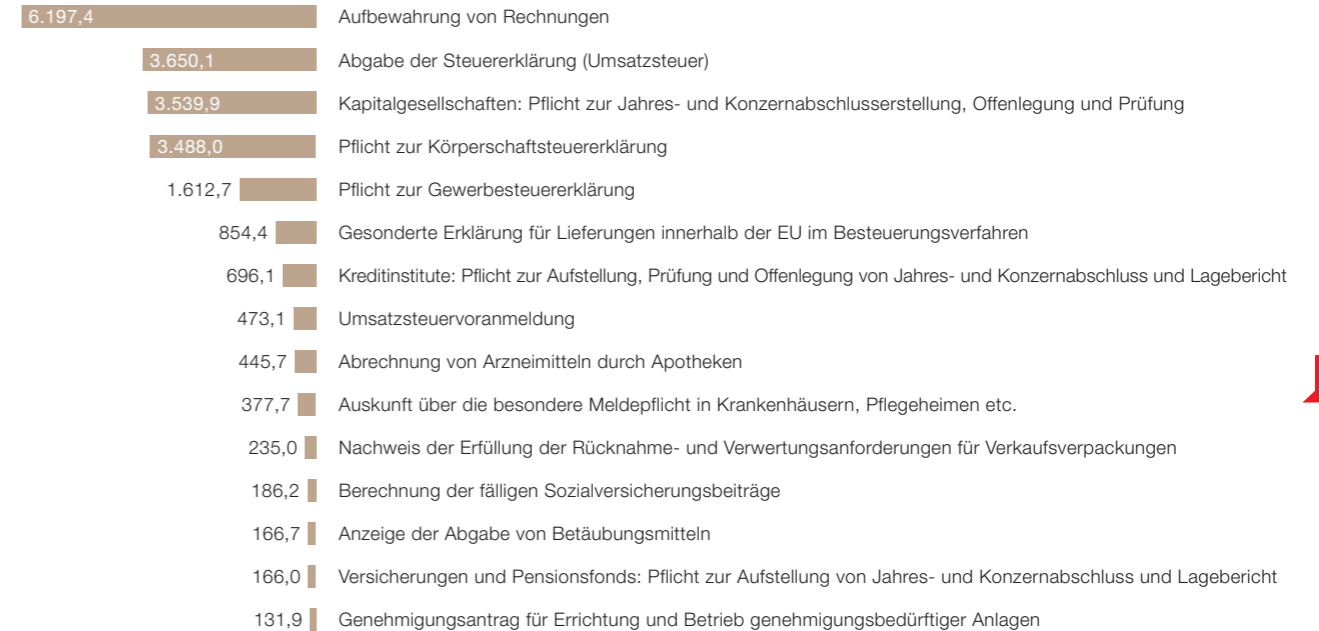
Quelle: IfM Bonn



### Unternehmen: Der Bürokratieberg

Verwaltungsaufwand der Unternehmen für die 15 teuersten gesetzlichen Regelungen in Millionen Euro hochgerechnet auf das Jahr 2007. (Basis der Berechnung: 2.100 von 10.900 Gesetzesauflagen)

Quelle: Statistisches Bundesamt



## MEHR BEWEGUNG BEI DER KRANKEN- UND PFLEGEVERSICHERUNG

### VORSORGE STATT VOLLKASKO

#### DIE LAGE

Die Krankenversicherungsbeiträge sind in den letzten Jahren permanent gestiegen. Das »paritätisch« finanzierte und auf dem Umlageverfahren beruhende System der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) ist im jetzigen Zustand nicht zukunftsfähig. Ohne eine umfassende Erneuerung der sozialen Sicherung werden die Beiträge zur Sozialversicherung bedingt durch Demografie und medizinisch-technischen Fortschritt bis zum Jahr 2050 auf über 60 Prozent ansteigen.

Daran ändert auch die sog. Gesundheitsreform nichts. Im Gegenteil: Die Kassen werden seit Einführung des einheitlichen gesetzlichen Beitragssatzes in Höhe von 15,5 Prozent ihres einzig wirksamen Wettbewerbsinstruments — des kassenindividuellen Beitragssatzes — beraubt.

Die Versicherten sind weniger Kunden denn je und müssen sich einem von Bürokraten erdachten Leistungskatalog beugen. Die Kosten des Gesundheitswesens sind immer noch an das Arbeitseinkommen gekoppelt. Eine nachhaltige Finanzierungsreform wurde sowohl in der Kranken- als auch in der Pflegeversicherung verpasst.

Mit der Reform der Sozialen Pflegeversicherung (SPV) stieg der Beitragssatz als Folge der Dynamisierung der Leistungssätze und der Leistungsausweitung auf 1,95 Prozent an. Dies hat erhebliche Auswirkungen auf die Generationengerechtigkeit: Die Nachhaltigkeitslücke in der SPV beträgt 35,7 Prozent des BIP. Die Prognosen für den Beitragssatz im Jahr 2050 liegen zwischen 4,2 und 7,2 Prozent.

#### DAS ERWARTEN WIR VON DER POLITIK

- Die Beiträge zur Sozialversicherung von den Lohnkosten trennen. Dies geschieht durch die Einführung des Bruttolohnprinzips.
- Einen sukzessiven Übergang zu einem kapitalgedeckten Versicherungssystem, wie es bei privaten Versicherungen bereits üblich ist. Zwar schützt auch eine private Versicherung nicht vor Beitragserhöhungen. Und gerade für höhere Altersrückstellungen aufgrund der gestiegenen Lebenserwartung wurden in letzter Zeit die Beiträge teilweise erheblich angehoben. Die gesetzlich Versicherten haben im heutigen System aber nicht die Möglichkeit, individuelle Altersrückstellungen aufzubauen und diese bei einem Wechsel mitzunehmen (Portabilität). In einem privaten Versicherungssystem haben die Versicherten

zusätzlich eines, wovon gesetzlich Versicherte nur träumen können: Wahlfreiheit!

- Bei einem Übergang zur Versicherung in einem privaten kapitalgedeckten Krankenversicherungssystem bedarf es der Definition eines Grundversicherungskatalogs, der maximal dem heutigen Leistungspaket der GKV entspricht und von jeder Kasse angeboten werden muss. Für diesen Leistungskatalog muss eine Pflicht zur Versicherung bestehen. Bei Bedürftigen, die sich das Grundversicherungspaket nicht leisten können, ist eine Bezuschussung mit Steuermitteln erforderlich. Darüber hinaus gehende Leistungen müssen vom Versicherten selbst bezahlt werden.

- So müssen Neugeborene unabhängig von ihrem Gesundheitszustand zu einem einheitlichen Eingangssatz versichert werden. Das führt, weil sich die Risikostruktur der privaten Versicherungen verändern wird, tendenziell zu höheren Beiträgen. Zugleich bieten aber private Versicherer die Möglichkeit, durch Eigenbehalte und unterschiedliche Tarifoptionen Leistungen und Beiträge ihren individuellen Bedürfnissen entsprechend auszubalancieren.
- Die Bundesregierung sollte der Bevölkerung »reinen Wein« einschenken, was die Kostenentwicklung der sozialen Sicherung und des Gesundheitswesens angeht: Billiger wird es nicht mehr! Solange die Menschen in Deutschland immer älter werden und den verständlichen Wunsch haben, ständig besser versorgt zu werden, so lange werden die Menschen

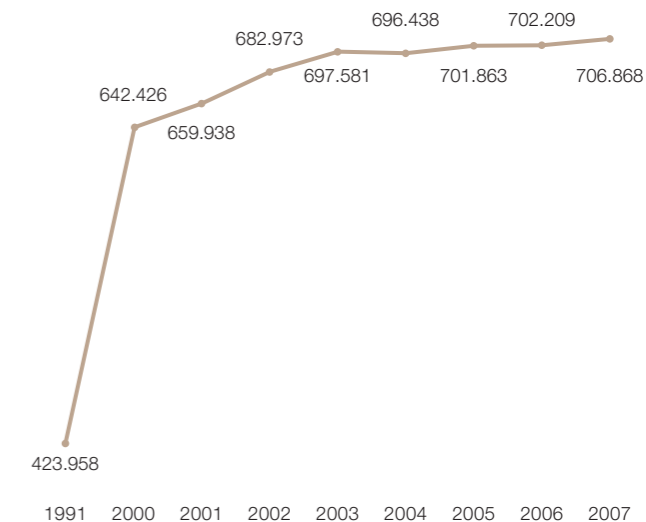
auch bereit sein, größere Teile ihres Einkommens für die »Gesundheit« auszugeben. Sie müssen entscheiden dürfen, für welche Leistungen sie ihr Einkommen ausgeben und nicht gezwungen werden, einen von der Politik definierten Leistungskatalog »einzukaufen«.

- Ausgehend von den Reformvorschlägen zur GKV fordern wir, diese Prinzipien auch bei einer Neufassung der SPV anzuwenden. Auch hier werden individuelle Prämien, Kapitaldeckung, Grundversicherungspflicht und Kontrahierungszwang sowie Wahlfreiheit und Wettbewerb zu Effizienzgewinnen und damit zu Kostenreduzierungen führen. Mit einem solchen »Doppelschlag« kann die Generationengerechtigkeit in beiden Zweigen der Sozialversicherung mit einem Anlauf verbessert werden.

- Die SPV darf keinesfalls weiter zu einer Vollkostenversicherung ausgebaut werden, sondern sollte als Teilkostenversicherung weiterentwickelt werden. Die Versicherten müssen die Wahl haben, für welche Leistungen bei welchem Anbieter sie ihre Beiträge ausgeben. Im derzeitigen Zustand kann sich die SPV, die für kommende Generationen ein Verlustgeschäft darstellt, nur halten, weil sie für alle ihre Mitglieder eine Zwangsversicherung darstellt.
- Kein Ausbau des Pflege-Weiterentwicklungsgesetzes vom Juli 2008 in Richtung eines gesetzlichen Anspruchs auf Gewährung einer Pflegezeit mit voller Jobgarantie und Lohnfortzahlung.

### Sozialbudget insgesamt in Millionen Euro

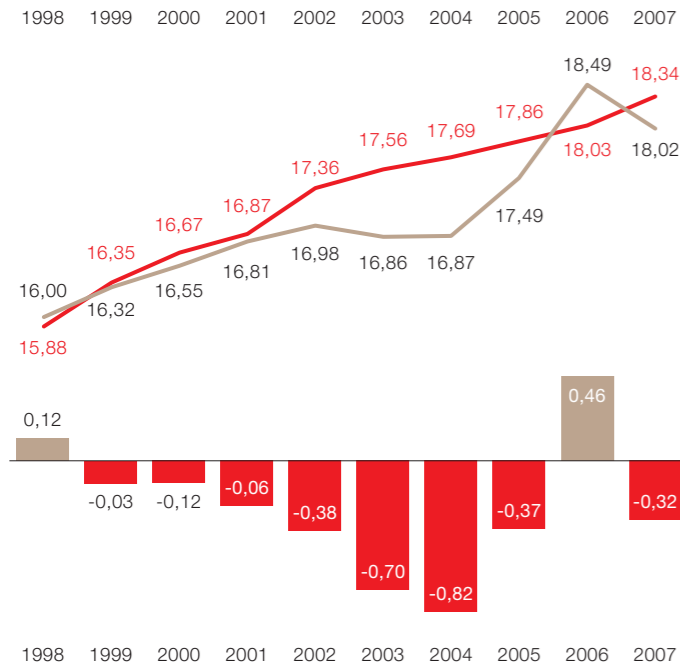
Quelle: BMAS



**Die soziale Pflegeversicherung**

■ Einnahmen | Überschuss  
■ Ausgaben | Defizit

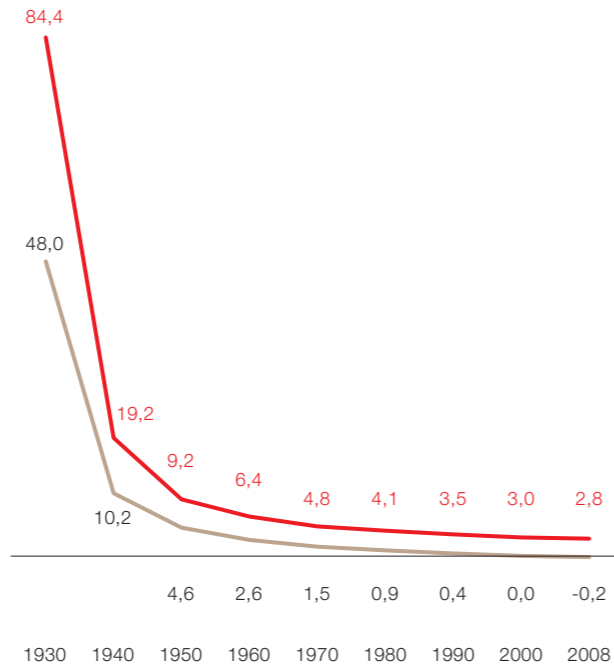
Quelle: IW Köln



**Renditen der sozialen Pflegeversicherung in %**

■ Frau  
■ Mann

Quelle: INSM



**MEHR BEWEGUNG BEI DER RENTENVERSICHERUNG**

GENERATIONENGERECHTE ALTERSVORSORGE

**DIE LAGE**

Die Lohnzusatzkosten machen die Arbeit in Deutschland teuer. Einen großen Teil dieser Kosten verursacht die Rentenversicherung, die trotz steigender Einnahmen in einer tiefen strukturellen Krise steckt. In den Jahren bis 2005 hat sich die Zahl der sozialversicherungspflichtig Versicherten kontinuierlich verringert. Von 2005 bis 2007 war aufgrund des Beschäftigungsanstieges in Folge der Arbeitsmarktreformen ein kurzfristiger Anstieg auf 26,85 Millionen zu verzeichnen. Dieser Trend ist nun in Folge der Rezession wieder rückläufig. Entsprechend groß ist der Druck, die Beiträge zu erhöhen. Für die demografisch bedingten Zahlungsprobleme der kommenden Jahre ist bisher nicht genügend vorgesorgt worden. Der »Generationenvertrag« wurde bereits vor Jahren faktisch gekündigt.

**DAS ERWARTEN WIR VON DER POLITIK**

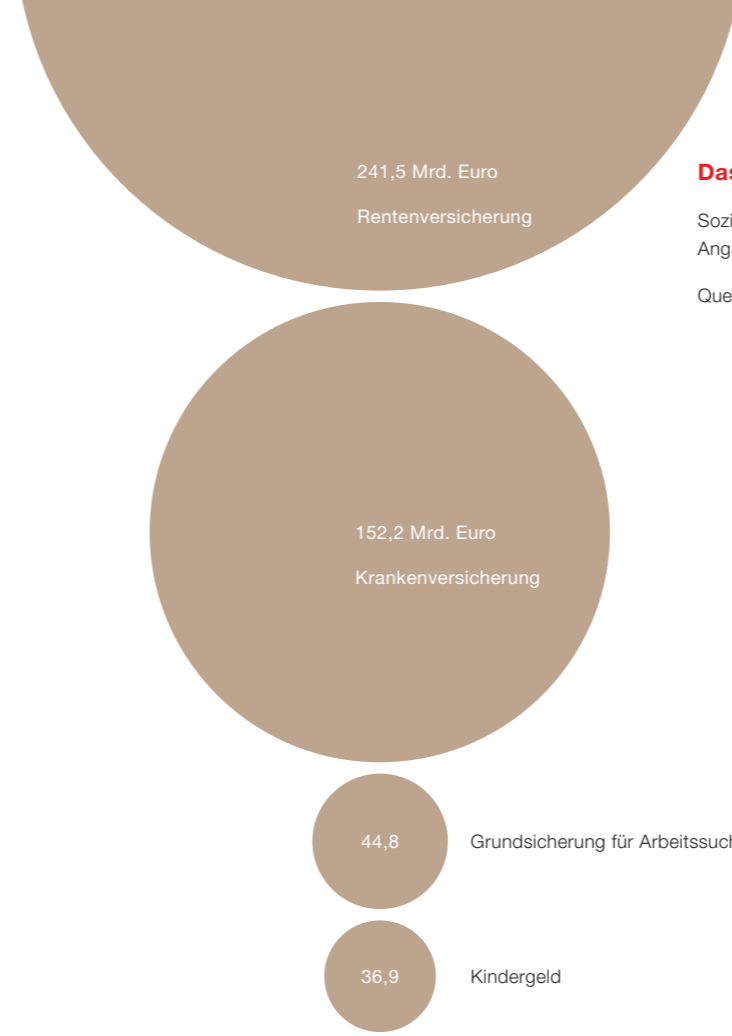
- Auch die Beiträge zur Rentenversicherung müssen von den Lohnkosten entkoppelt werden. Die Einführung des Bruttolohnprinzips kann die verhängnisvolle Spirale von steigenden Arbeitskosten durch steigende Sozialbeiträge durchbrechen. Die Arbeitnehmer erhalten die »Arbeitnehmer- und Arbeitgeberanteile« zur sozialen Sicherung dann komplett ausgezahlt. Durch die Trennung der Beitragszahlung von den Arbeitskosten wird der Konflikt zwischen Wachstums- und Beschäftigungszielen und der Finanzierung der sozialen Sicherung entschärft.
- Deutschland braucht eine generationengerechte, wirtschaftlich und sozial tragfähige Form der Alterssicherung. Das Umlageverfahren hat ausgedient. Sinnvoll wäre eine Kombination aus einer gesetz-



lichen Pflicht zur Altersgrundversorgung mit einer freiwilligen privaten und betrieblichen Altersvorsorge.

- Die umlagefinanzierten Elemente der gesetzlichen Rentenversicherung müssen zurückgeführt werden und durch private betriebliche Vorsorge entsprechend ersetzt werden. Die gesetzliche Pflichtversicherung sollte durch die Pflicht zu einer privaten Versicherung mit Grundleistungskatalog abgelöst werden. Bei den Kapitalansparmöglichkeiten und Anlageformen muss Wahlfreiheit bestehen.
- Das Renteneintrittsalter ist freizugeben, die Rentenhöhe dementsprechend versicherungsmathematisch zu bestimmen. Die Beschäftigungsquote der älteren Arbeitnehmer über 50 Jahre muss größer

werden: Deutschland kann sich das Brachliegen ihrer Erfahrungen nicht mehr leisten. Nicht einmal 40 Prozent der 55 bis 64-jährigen Deutschen sind noch erwerbstätig. In den meisten westlichen Industrienationen wie den USA, Schweden oder Großbritannien liegen die Quoten deutlich über 50 Prozent. Diese Wohlstandsreserve muss die Politik wieder aktivieren, um dauerhaft innovativ und führend in der Welt zu bleiben.



### Das soziale Netz

Sozialleistungen in Deutschland 2007 in Milliarden Euro (Schätzung).  
Angaben ohne Verrechnungen

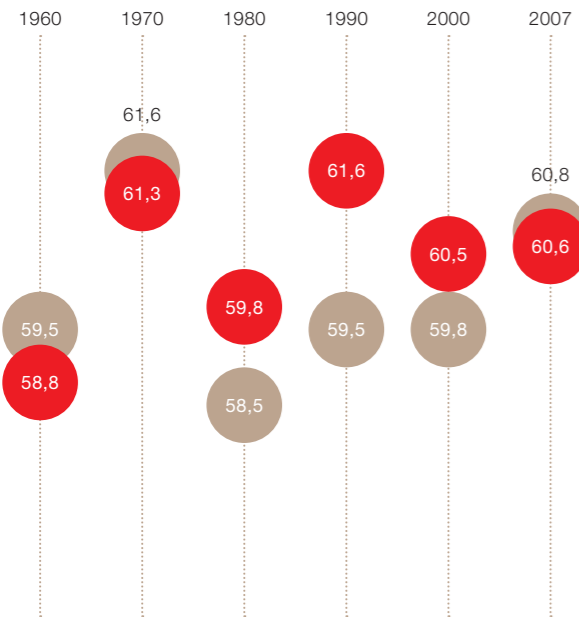
Quelle: BMAS



### Junge Rentner

So alt waren die »neuen« Rentner (in Jahren) ...

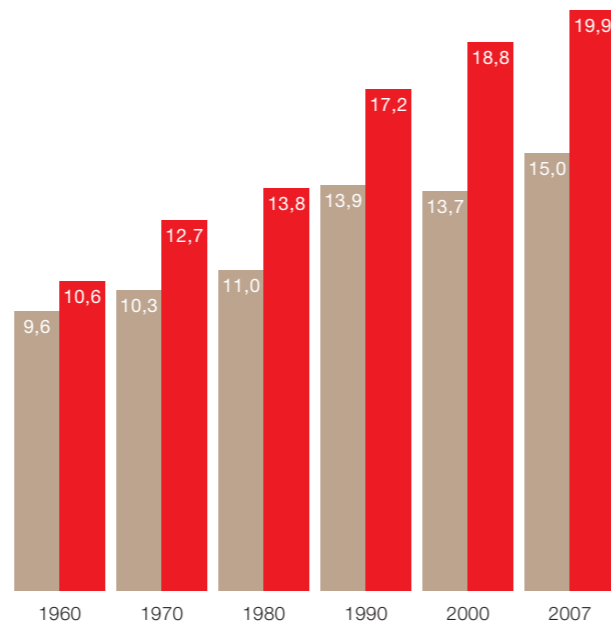
- Frauen
- Männer



... und so lange beziehen sie Rente (in Jahren)

(Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters; bis 1990 nur Westdeutschland)

Quelle: Deutsche Rentenversicherung



## MEHR BEWEGUNG FÜR BETRIEBLICHE BÜNDNISSE UND MEHR NETTO

### DIE LAGE

Zum Zweck der Teilhabe am Wachstum werden meist Bruttolohnsteigerungen gefordert. Steigen Löhne schneller als Produktivitätszuwächse, besteht aber die Gefahr, dass sie gerade im Abschwung Unternehmen und Arbeitsplätze gefährden. Von diesen Risiken sind Unternehmer und Mitarbeiter gleichermaßen betroffen.

Flexible Lohnelemente auf betrieblicher Ebene könnten diese Risiken abmildern. Es gibt bislang weder Tarifverträge noch gesetzliche Vorgaben, in denen die Rahmenbedingungen betrieblicher Bündnisse vereinbart bzw. geregelt sind.

Derzeit führen aufgrund der hohen Abgaben- und Grenzsteuerbelastungen der Löhne (Personalzusatzkosten, steile Progression) Lohnerhöhungen kaum zu wirklichen Steigerungen des verfügbaren Einkommens der Arbeitnehmer, das im Anschluss noch dazu von diversen indirekten Steuern belastet wird.

## DAS ERWARTEN WIR VON DER POLITIK

- Wir setzen uns dafür ein, unseren Mitarbeitern ihren verdienten Anteil am gemeinsamen Unternehmenserfolg zukommen zu lassen. Damit der nächste Aufschwung tatsächlich bei unseren Mitarbeitern ankommt, ist sowohl ein flexibles Instrument nötig, das unbürokratisch auf betrieblicher Ebene anwendbar ist, als auch eine hinreichend niedrige Belastung von Ausschüttungen mit Steuern und Abgaben, damit in erster Linie der Mitarbeiter und nicht wie derzeit der Fiskus profitiert. Der von der Großen Koalition beschlossene Investivlohn (Mitarbeiterkapitalbeteiligung) erfüllt diese Voraussetzungen gerade bei Familienunternehmen, die in der Mehrzahl als Personengesellschaften organisiert sind, nicht. Es bedarf neuer Gewinnbeteiligungsmodelle.
- In der jetzigen Situation führen Lohnerhöhungen des Unternehmers vor allem dazu, dass der Aufschwung hauptsächlich beim Staat in Form zusätzlicher Steuereinnahmen ankommt. Aus diesem Grund hat sich die Politik bislang geweigert, flexible Gewinnbeteiligungen zu fördern. Sprudelnde Steuerquellen sollen nicht versiegen – auch nicht, wenn angeblich die Binnennachfrage gestärkt werden soll.
- Flexible Teilhabe der Mitarbeiter am Aufschwung über Gewinnbeteiligung! Bis zur Realisierung eines solchen Konzepts könnte eine zeitlich begrenzte Aktion (z.B. 2 Jahre) einer jährlichen steuer- und abgabenbefreiten Einmalzahlung einen Teil der notwendigen Entlastung vorziehen, ohne die Konsolidierung des Haushalts zu gefährden. Da viele solcher Gewinnbeteiligungen ohne steuerliche

Begünstigung nicht anfallen würden, entstehen für den Fiskus kaum Einnahmeausfälle bei der Lohn- und Einkommensteuer. Stattdessen wird die Kaufkraft gestärkt und werden Unternehmen vor überzogenen Lohnforderungen geschützt. Ordnungspolitisch sind diese Vorschläge zwiespältig, da sie zu einer unterschiedlichen Besteuerung von Arbeitseinkommen führen. Sie können eine grundlegende Reform zur Entlastung der Mittelschicht daher nicht ersetzen. Ohne diese Maßnahme würden Mitarbeiter jedoch weiterhin nicht vom selbst erarbeiteten Aufschwung profitieren.

- Endlich gesetzliche Rahmenbedingungen für betriebliche Bündnisse schaffen. Flexible Lohn-elemente auf betrieblicher Ebene sind am besten in der Lage, den individuellen betrieblichen Heraus-

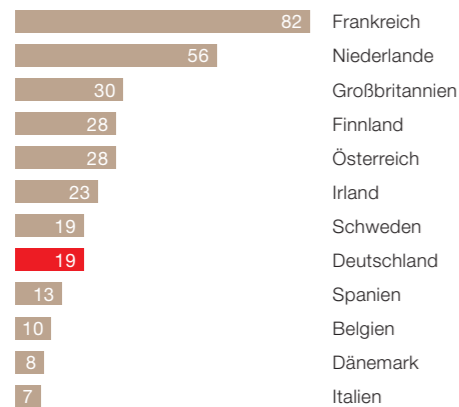
forderungen gerecht zu werden. Jedoch gibt es bislang weder Tarifverträge noch gesetzliche Vorgaben, in denen die Rahmenbedingungen betrieblicher Bündnisse vereinbart bzw. geregelt sind.

- Eine umfassende Steuer- und Abgabensenkung vornehmen durch Senkung der Steuersätze, Abflachung der Progression und die Beseitigung inflationsbedingter Steuererhöhungen (»kalte Progression«). Derzeit führen Lohnerhöhungen durch die hohen Abgaben- und Grenzsteuerbelastungen der Löhne kaum zu wirklichen Steigerungen des verfügbaren Einkommens, das im Anschluss noch dazu von diversen indirekten Steuern belastet wird.

**Unternehmen mit Mitarbeitergewinnbeteiligung**

Anteile in %

Quelle: Carnet Studie (2000)

**Nettolohnerhöhung (ohne indirekte Steuern) bei einer Lohnerhöhung des Unternehmers (Arbeitskosten) um einen Euro**

Angabe der Nettolohnerhöhung in Cent

Quelle: Nach Berechnungen des Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW), Köln

Bruttolohn in Euro	1.500,-	2.500,-	3.500,-	4.500,-
ledig, keine Kinder, Steuerklasse I	44,3	39,6	34,9	40,5
ledig, ein Kind, Steuerklasse II	46,2	40,3	35,6	41,1
verheiratet, keine Kinder, Steuerklasse IV	44,3	39,6	34,9	40,5
verheiratet, zwei Kinder, Steuerklasse III	66,5	47,5	56,9	48,4

**WIR MISCHEN UNS EIN!****Herausgeber****DIE JUNGEN UNTERNEHMER – BJU**

(DIE FAMILIENUNTERNEHMER – ASU e.V.)

Charlottenstraße 24 | 10117 Berlin

Tel. 030 300 65-0 | Fax -490

bju@bju.de | www.bju.de

**Diese Publikation wurde von der Wirtschafts-politischen Kommission erarbeitet.****Vorsitz Kommission: Rüdiger Timm, Gehrden;****Stellvertreter: Ralf Saatkamp, Twist**

Michael Endress, München; Sven Fietkau, Berlin;

Armin-Carsten Josek, Herborn; Sebastian Koepfel,

Nörten-Hardenberg; Jens-Uwe Lösel, Hoppegarten;

Heike Lube, Aachen; Gerd Maas, Söchtenau;

Jörg Margane, Essen; Marie-Christine Ostermann,

Hamm; Julian Sels; Neuss

**Redaktion**

Sandra Hensel (Text),

Stephan Einenkel (Text),

Anja Ciesielski (Gestaltung)

**Gestaltung**

STOCKWERK2 – Agentur für Kommunikation GmbH

www.stockwerk2.de

**Quellennachweise**

IW Köln; Statistisches Bundesamt; Eurostat;

Handelsblatt; IfM Bonn; BMAS; INSM;

Deutsche Rentenversicherung; Carnet Studie

**Berlin, Mai 2009**

**DIE JUNGEN UNTERNEHMER – BJU**

(DIE FAMILIENUNTERNEHMER – ASU e.V.)

Tuteur Haus

Charlottenstraße 24

10117 Berlin

Tel. 030 300 65-0

Fax 030 300 65-490

[bju@bju.de](mailto:bju@bju.de)

[www.bju.de](http://www.bju.de)